

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Te.ex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB zum jüngsten Atomtest der USA: Die Verbündeten müssen Einspruch erheben.

Seite 1

Rolf Linkohr MdEP verurteilt den Spareifer zugunsten der Agrarpolitik: Riesenhuber legt die AXT an die EG-Forschungspolitik.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB wirft der Bundesregierung umweltpolitische Scheinaktivitäten vor: Abgassonderuntersuchung beweist Unfähigkeit.

Seite 3

Dokumentation:

Wolfgang Biermann, Sprecher der „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ trägt auf dem Kongreß „Frieden mit der NATO?“ am Wochenende in Köln Thesen zum Thema „Widersprüche in der NATO - Ansatz für die Friedensbewegung?“ vor. Wortlaut

Seite 4

41. Jahrgang / 69

11. April 1986

Zurückhaltung gegenüber Washington aufgeben

Die europäischen NATO-Staaten dürfen die Atomtests nicht länger hinnehmen

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Der jüngste amerikanische Test ist ein weiterer gezielter Versuch, die aktuellen politischen Chancen für einen umfassenden internationalen Teststopp zu ruinieren.

Für dieses verantwortungslose Vorgehen kann es keinerlei Verständnis geben. Offensichtlich soll damit auch die Sowjetunion dazu provoziert werden, ihre seit dem August 1985 eingestellten Tests wieder aufzunehmen, damit die amerikanische Regierung hernach um so hemmungsloser eine uferlose Testreihe zur Verwirklichung des SDI-Programms starten kann.

Es ist nun allerhöchste Zeit, daß endlich die Bundesregierung und die anderen Regierungen der europäischen NATO-Staaten ihre Zurückhaltung gegenüber den amerikanischen Tests aufgeben und aktiv werden, um den Forderungen nach einem Teststopp und der dazu notwendigen Einstellung der amerikanischen Tests Nachdruck zu verleihen.

Angesichts mehrfacher einstimmiger Beschlüsse des Bundestages für einen Teststopp ist die Bundesregierung dazu politisch verpflichtet. Ein weiteres Schweigen zu den amerikanischen Tests ist gleichbedeutend mit deren Duldung.

Die SPD erwartet, daß die Teststoppfrage unverzüglich Thema einer NATO-Konferenz wird, weil nicht länger hingenommen werden kann, daß die amerikanische Regierung über den Kopf aller Bündnispartner hinweg und gegen die Forderungen des eigenen Kongresses die Chancen für einen weltweiten Teststopp zunichte macht.

(-/11.4.2986/vo/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kommunistische Partei
der Deutschen Demokratischen Republik



Gefährlicher Spareifer zugunsten der Agrarpolitik

Riesenhuber legt die Axt an die EG-Forschungspolitik

Von Rolf Linkohr MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im Forschungsausschuß des Europäischen Parlaments

Für die Forschungspolitik in der EG beginnen schwere Zeiten. Denn der Ministerrat ist nicht bereit, seinen starken Worten konkrete Taten folgen zu lassen. Jüngstes Beispiel für die Sturheit des Rates - vor allem des deutschen Ministers Riesenhuber und des britischen Vertreters - ist die gescheiterte Konzertierung zwischen EP und Rat über ein Umweltforschungsprogramm am Dienstag dieser Woche.

Seit einem Jahr liegt dem Rat ein EG-Forschungsprogramm vor, das nach dem Willen der Kommission und des EP mit 105 Millionen ECU für fünf Jahre, also rund 20 Millionen ECU pro Jahr, ausgestattet sein soll. Der Rat hat die Mittel zwischenzeitlich auf 75 Millionen gekürzt. Dieser - an der Bedeutung der Aufgabe gemessene - geringe Betrag war für das EP unannehmbar.

Als das EP nun in einem eigenen einberufenen Konzertierungsverfahren die nur sehr maßvolle Erhöhung von zehn Millionen (also um zwei Millionen jährlich) vorschlug, war der Rat auch diesmal nicht bereit, auch nur im geringsten nachzugeben.

Doch dies ist nicht das einzige Beispiel für die Widersprüchlichkeit des Rates. Auch die Materialforschung ist in Gefahr. Auf der einen Seite sprechen die Regierungschefs und ihre Forschungsminister von der entscheidenden strategischen Bedeutung neuer Materialien und moderner Werkstoffe für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas. Auf der anderen Seite widmen sie der EG-Forschung in diesem Sektor den lächerlichen Betrag von 7,5 Millionen ECU im Jahr.

Dabei ist gerade dieser Bereich eine echte EG-Aufgabe. Denn nur die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich besitzen nennenswerte Forschungsprogramme. Aber selbst, wenn man die öffentlichen Ausgaben in Europa für neue Werkstoffe zusammenrechnet, betragen sie nicht mehr als 6,6 Prozent der japanischen und amerikanischen Ausgaben. Im Konzertierungsverfahren mit dem EP war der Rat nicht einmal dazu bereit, eine fest Absichtserklärung abzugeben, die Forschungsmittel hier künftig zu erhöhen.

Damit ist der Weg vorgezeichnet: Die Forschungspolitik wird zugunsten der Agrarpolitik zurechtgestutzt.

(-/11.4.1986/vo-he/rs)

* * *



Scheinaktivitäten

ASU beweist umweltpolitische Unfähigkeit der Bundesregierung

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Gescheitert ist die Bundesregierung mit ihrem Konzept, den Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge deutlich zu reduzieren.

Die US-Abgaswerte sind wirksam. Sie hätten der Umwelt und dem Wald geholfen. Die Bundesregierung wollte sie dennoch nicht einführen.

Da aber die Bürger Hilfen für den Wald fordern, ist die Bundesregierung in Scheinaktivitäten verfallen. Sie hat die ASU kreiert. Diese nützt aber dem Wald nichts.

- Für das Waldsterben sind vor allem die Stickoxide verantwortlich. Diese werden mit der ASU nicht einmal geprüft. Auch führt eine korrekte Einstellung zu einer intensiveren Verbrennung und damit zu einem erhöhten Ausstoß von Stickoxiden.
- Teilweise sind die Werkstätten nicht in der Lage, die Abgaswerte der Motoren entsprechend den Vorgaben der Hersteller sachkundig einzustellen.
- Die ASU geht ins Geld. Mindestens 600 Millionen DM pro Jahr müssen die deutschen Autofahrer für diese nutzlose Untersuchung aufwenden.

Alle Fachleute lehnen deshalb die ASU ab.

Gleichfalls wirkungslos geblieben ist die Regierung mit ihrer Förderung der sogenannten schadstoffarmen PKWs. Die Zulassungszahlen machen es deutlich. Lediglich sechs Prozent der neu zugelassenen PKWs sind mit Katalysatoren ausgerüstet. Dies sind weniger als 0,3 Prozent aller in der Bundesrepublik zugelassenen Fahrzeuge.

Insgesamt fehlt der Bundesregierung die Ernsthaftigkeit und das Verantwortungsbewußtsein zu wirksamem und seriösem politischen Handeln: Die ASU ist eine umweltpolitische Alibiveranstaltung zu Lasten der deutschen Autofahrer.

(-/11.4.1986/vo-he/rs)



DOKUMENTATION

Widersprüche in der NATO - Ansatz für die Friedensbewegung?

Wolfgang Biermann, Sprecher der sozialdemokratischen „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ (IFIAS), trägt auf dem Kongreß „Frieden mit der NATO?“ am 12./13. April 1986 in Köln folgende Thesen vor:

1. Ebenso wie die Friedensbewegung Widersprüche in der herrschenden Sicherheitspolitik einzelner Länder provoziert oder aufgedeckt und für die Verbreitung ihrer Kritik am Aufrüstungs- und Konfrontationskurs genutzt hat, muß sie Widersprüche innerhalb der NATO erkennen und sie für die Entwicklung friedenspolitischer Alternativen und ihre Durchsetzung nutzen. Widersprüche innerhalb der NATO ergeben sich aus den unterschiedlichen nationalen Interessen einzelner Mitgliedsländer der NATO und ihrer unterschiedlichen geostrategischen Situation.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für die Friedensbewegung sind die immanenten Widersprüche der außenpolitischen, sicherheitspolitischen und militärischen Strategien der NATO. So ist beispielsweise der Anspruch der NATO, sich real verteidigen zu können, „unvereinbar mit dem atomaren Ersteinsatz der Strategie der „flexible response“, weil mit dem Atomwaffeneinsatz - großteils auf dem Boden der Alliierten selbst - das Territorium atomarer vernichtet und verseucht wird, das es nach der offiziellen Doktrin zu „verteidigen“ gilt.

Ein weiterer Widerspruch ergibt sich aus der inneren Logik der sogenannten Abschreckung: Wer einen potentiellen Gegner vor einem Angriff abschrecken will, muß den Einsatz seiner Waffen glaubwürdig androhen. Der Einsatz von Atomwaffen, der zur Selbstvernichtung führt, ist unglaubwürdig. Aus diesem Grunde erfordert die offizielle NATO-Abschreckungsdoktrin zwangsläufig eine ständige Perfektionierung der Waffen und der damit verbundenen Kriegsführungsfähigkeit. Je besser die Kriegsführungsfähigkeit, desto wirksamer die abschreckende Wirkung des Waffeneinsatzes. Die Senkung der Einsatzschwelle für Atomwaffen durch ihre Miniaturisierung und Perfektionierung ist zugleich Voraussetzung für ihre abschreckende Wirkung wie auch für die Erhöhung der Kriegsgefahr in einer Krisensituation generell. Dies ist der zentrale Widerspruch aus der Verwirklichung der Strategie der „abgestuften Erwidern“ der NATO, die durch Perfektionierung (Selektive Einsetzbarkeit) der Atomwaffen wie Pershing II, Cruise Missiles, modernisierte, dosierbare Atomgranaten und Neutronensprengköpfe sowie durch modernisierte (binäre) chemische Waffen und perfektionierte weitreichende konventionelle Waffensysteme eine eigene destabilisierende Dynamik erhält.

Diese immanenten Widersprüche der NATO-Strategie waren und bleiben ein zentraler Ansatz für die Friedensbewegung. Die Infragestellung dieser Weiterentwicklung der NATO-Strategie ist eine zentrale Frage des Überlebens in Mitteleuropa. Die Entwicklung der Waffentechnologien führt nicht nur zu einem Wettrennen um eine regional begrenzte nukleare wie konventionelle Erstschlagsfähigkeit. Sie macht die Dynamik des Wettrüstens zu einem eigenständigen Faktor, der - unabhängig von politischen Absichten - in einer Krisensituation zwischen Ost und West zu einem Krieg eskalieren kann.

2. Die beschriebene Entwicklung der Strategie der NATO und ihres Gegenstücks auf seiten des Warschauer Vertrages sind jeweils Ausdruck eines Konzepts der einseitigen Sicherheit gegen einen vermeintlichen oder tatsächlichen potentiellen Aggressor. Das Konzept einseitiger Sicherheit gegen die jeweils andere Seite war in der Vergangenheit zugleich das einigende Band der Militärblöcke, unabhängig von unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen zwischen den einzelnen Mitgliedern der Pakte. Das Problem



ist, daß das Konzept einseitiger Sicherheit zum Motor des Wettrüstens und der Legitimierung von immer neuen Rüstungsmaßnahmen der Militärböcke geworden ist. Die westeuropäischen Regierungen waren sich dieser Konsequenz bei der offiziellen Einführung der sogenannten flexiblen Antwort im Jahre 1967 offensichtlich im Ansatz bewußt, sonst hätten sie nicht das sicherheitspolitische Konzept der NATO zum gleichen Zeitpunkt mit dem Stichwort „Verteidigung und Entspannung“ definiert. Das Bewußtsein dieser Gefahren sowie der Ausichtslosigkeit des Herberüstens außenpolitischer Veränderungen beim Gegner trug zwar zur ersten Phase der Entspannungspolitik bei, durchbrach aber keineswegs die Aufrüstungsdynamik; die ersten Rüstungskontrollabkommen stabilisierten zwar das Wettrüsten und ermöglichten die erste Phase der Entspannungspolitik zwischen Ost und West, sie verhinderten aber nicht die qualitative Weiterentwicklung der atomaren wie konventionellen Waffen und Strategien, die in der jetzigen Entwicklungsphase das Konzept der Entspannung untergraben.

3. Nur wenn es gelingt, das Konzept einseitiger Sicherheit durch das Konzept gemeinsamer Sicherheit zwischen den Militärböcken und zwischen den einzelnen Staaten innerhalb der Militärböcke durchzusetzen, kann die Kriegsgefahr gebannt werden. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit ist logischerweise die Konsequenz aus der Stagnation der ersten Phase der Entspannungspolitik und die Alternative zum derzeitigen Konfrontationskurs der herrschenden Kreise in den USA, die durch ungezügelter Wettrüsten ihre Art von „Konsequenz“ ziehen.

Das Konzept gemeinsamer Sicherheit durch blockübergreifende Sicherheitspartnerschaft ergibt sich also zwangsläufig aus dem inneren Widerspruch der Abschreckungsstrategie selbst. Zugleich gibt es innerhalb der NATO zwei Konzeptionen, mit diesem inneren Widerspruch fertig zu werden: das Konzept der gemeinsamen Sicherheit sowie das Konzept der einseitigen Überlegenheit des Westens, wie es von der derzeitigen US-Administration uneingeschränkt und mit Einschränkungen von westeuropäischen konservativen und militant antikommunistischen Regierungen und Parteien vertreten wird. Das Ziel, den ökonomisch und technologisch relativ rückständigen Warschauer Pakt durch eine neue Rüstungseskalation politisch in die Knie zu zwingen, ist im Atomzeitalter unerreichbar; dies hat die Geschichte des Wettrüstens seit 1945 gezeigt.

4. Der Versuch der ultrakonservativen Kreise der USA und einiger westeuropäischer Regierungen, die während der ersten Phase der Entspannungspolitik praktizierte kontrollierte einseitige Aufrüstung durch eine unkontrollierte und aggressive Rüstungseskalation fortzusetzen, verschärft zudem innerhalb der NATO kurz- und mittelfristig vorhandene Widersprüche:
 - zwischen bestimmten Kapitalfraktionen, die entweder primär am Rüstungsgeschäft und an der Militarisierung oder primär an einer kontinuierlichen ökonomischen Zusammenarbeit mit Osteuropa interessiert sind;
 - zwischen konkurrierenden Hochtechnologie-Industrien in den USA einerseits und in Westeuropa beziehungsweise Japans andererseits, die im zivilen Sektor weit mehr Expansionsmöglichkeiten haben als im militärischen;
 - zwischen den bürgerlichen Regierungen und Parteien, die sich sowohl der ökonomischen Interessen am Ost-West-Geschäft als auch des destabilisierenden Charakters und zugleich außenpolitisch aussichtslosen Kurs des Wettrüstens bewußt sind und jenen ideologisierten konservativen Kräften in USA und Westeuropas, die teils aus opportunistischen, teils aus ideologischer Blindheit dem aggressiven Kurs der Weinbergers und Co. folgen.
5. In der westeuropäischen Linken gibt es zwei Grundströmungen:
 - jene sozialdemokratischen, liberalen und reformistischen Kräften, die die soziale und gesellschaftliche Akzeptanz und Verträglichkeit des Aufrüstungskurses in den westlichen Gesellschaften schwinden sehen und um die gesellschaftliche Stabilität bangen;



- und jene sozialdemokratischen, reformistischen, fundamentalistischen und radikaleren Kräften in den westlichen Gesellschaften, die eine Lösung der gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme national und weltweit nur durch einen konsequenten Abrüstungskurs für realisierbar halten.
6. Innerhalb der Linken in der Bundesrepublik gibt es einen mehrheitlichen sozialdemokratischen oder sozialreformistischen Ansatz, der auf gemeinsame Sicherheit setzt und einen fundamentalistischeren und alternativen Minderheitenflügel, der primär auf einseitige Abrüstung und einseitige Schritte bis hin zum Austritt der Bundesrepublik aus der NATO setzt. Beide Konzepte - das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und der einseitigen Abrüstung - setzen an immanenten Widersprüchen innerhalb der NATO und der NATO-Strategie an, haben jedoch unterschiedliche Konsequenzen: das Konzept der gemeinsamen Sicherheit will die Blockkonfrontation durch bündnis- beziehungsweise blocküberwältigende Strukturen überwinden. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit geht von den existierenden Militärblöcken und auch den existierenden Supermächten aus und setzt darauf, daß durch eine Politik innerhalb der Bündnisse die Konfrontationstendenzen innerhalb der Blöcke blockiert oder überwunden werden können. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit und politischer Verflechtungen zwischen den Gesellschaften in West und Ost, macht ihre gesellschaftliche und machtpolitische Überwindung nicht zur Voraussetzung der Struktur gemeinsamer Sicherheit. Sie setzt bei den oben genannten „realistischen“ herrschenden gesellschaftlichen Gruppierungen an, will strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten entwickeln und durch die Entwicklung struktureller wechselseitiger Abhängigkeit jegliches Interesse an militärischer oder politischer Konfrontation abbauen. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit durch blockübergreifende Sicherheitspartnerschaft setzt zugleich auf den Abbau von Feindbildern und die daraus bedingte öffentliche Legitimierung von Aufrüstung sowie auf die Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen zugunsten der Lösung der brennenden sozialen und ökologischen sowie der Entwicklungsprobleme im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Gemeinsame Sicherheit zur Grundlage der Sicherheitspolitik heißt nicht Verzicht auf eigene Initiativen oder einseitige Schritte, wenn sie dem Ziel wechselseitiger, gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung orientiert sind.

7. Das Konzept einseitiger Abrüstung bis hin zum Konzept des NATO-Austritts setzt auch an den vorhandenen Widersprüchen innerhalb der NATO und der NATO-Strategie sowie bei einer fundamentalen Kritik der NATO insgesamt an. Solange es das Konzept gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West ausschließt und sich nur auf demonstrative Schritte wie den Austritt aus der NATO orientiert, wird das Konzept einseitiger Schritte meines Erachtens jedoch weder die Blockkonfrontation zwischen Ost und West, insbesondere den Supermächten überwinden (sie im Rahmen eines politischen Prozesses möglicherweise sogar verschärfen, wie zum Beispiel die geradezu hysterische Reaktion Frankreichs auf die westeuropäische Friedensbewegung zeigte), noch beruht es auf einer realistischen Analyse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Das Konzept des NATO-Austritts oder auch der Neutralität beziehungsweise Blockfreiheit der Bundesrepublik Deutschland oder beider deutscher Staaten ist durchaus auch vereinbar mit einer nationalistischen, quasi gaullistisch bis hin zu chauvinistischen oder militaristischen Lösung. Ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Machtstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland würde ein NATO-Austritt oder die sogenannte Neutralität, sollten sie eine politische Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland finden, zu einer neuen Mobilisierung von Ängsten im westeuropäischen und osteuropäischen Ausland sowie zu einer Mobilisierung der nationalistischen und militaristischen Kräfte in Deutschland selbst führen. Eine solche Entwicklung könnte ähnliche Maße annehmen wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland. Niemand sollte sich darüber hinwegtäuschen, daß die Mobilisierung des Nationalismus verbunden mit einer latent immer noch sehr massiven antikommunistischen Ausrichtung der Bundesrepublik zwar mit einem Austritt aus der NATO, nicht aber mit der beabsichtigten Politik der friedlichen Blockfreiheit vereinbar wäre. Umgekehrt hätte eine Bundesrepublik mit einer stabilen politischen Mehrheit im Sinne gemeinsamer Sicherheit eine unüberwindliche Ausstrahlung auf die anderen Mitgliedsstaaten der NATO sowie auf die Staaten Osteuropas.

{-/11.4.1986/vo-he/rs}

* * *

